An die Teilnehmer der Arbeiter- und Gewerkschafter-Konferenzen
Gegen den Notstand der Republik Rundbrief 3-2012

Liebe Mitstreiter
In unserem neuen Rundbrief senden wir euch weitere Fakten zum Notstand der Republik.

Darunter:
- Die BRD hat wieder einen Generalstab. Trotz Verbot durch das Grundgesetz und das Völkerrecht und aggressiv wie ehedem. Kriegsminister de Maiziere: Der Generalinspekteur wird mit alledem Befugnisse haben, wie kein Generalinspekteur vor ihm".
- Für 100 Millionen will die Bundeswehr durch den Rüstungskonzern Rheinmetall eine Geistersiedlung in Sachsen-Anhalt bauen. In U-Bahnen oder dem Industriegebiet wird der Einsatz auch gegen die eigene Bevölkerung trainiert.
- In den Personalabteilungen der Fabriken sollen die Offiziere der Bundeswehr die "Luftherrschaft gewinnen".

Besonders möchten wir euch bereits jetzt auf die internationale Antikriegsveranstaltung am Ort des "Münchner Abkommens" am 29.September im ehemaligen Führerbau und der heutigen Musikhochschule in München hinweisen.

Außerdem müssen wir euch dringend auf die fatale finanzielle Situation des Arbeits- und Koordinationsausschuss aufmerksam machen. Wir haben Schulden wegen der Kosten unserer Publikationen. Die weitere Arbeit wird zusätzliche finanzielle Mittel brauchen - und diese Arbeit wollen und müssen wir weiterführen ja verstärken.

Wir brauchen die Unterstützung der Mitstreiter gegen den Notstand der Republik.
Jeder Cent hilft!

Für den Arbeits- und Koordinationsausschuss der ersten Arbeiter- und Gewerkschafter-Konferenz
Gegen den Notstand der Republik
Rainer Herth
1.7.2012

www.Notstand-der-Republik.de
Konto: Rainer Herth; DiBa Frankfurt: 50010517; Nummer: 5404180292

Einige Fakten
zur jüngsten Entwicklung des Notstands der Republik
(Mai 2012)

Kein Weltkrieg ohne Generalstab

Der Aufbau des stehenden Heeres wird vom Kriegsminister vorangetrieben. Der Weltkrieg erfordert den Generalstab, der durch die neue Funktion des Generalinspekteurs und seines Stabes im Wesentlichen durchgeführt ist. Dem Generalinspekteur unterstellt ist das Einsatzführungskommando in Potsdam, das die deutschen Kriege im Ausland organisiert. Unterstellt ist dem Generalinspekteur auch die Abteilung „Strategie und Einsatz“. Im „Dresdner Erlass“ vom März 2012 verdeutlicht der deutsche Kriegsminister: „Der Generalinspekteur wird mit alledem Befugnisse haben, wie kein Generalinspekteur vor ihm.“ In der Tat, denn der wieder aufgebaute Generalstab ist völkerrechtlich und auch nach dem Grundgesetz der BRD ganz einfach verboten. Verboten ist auch, die zivile Bundeswehr-verwaltung mit aktiven Soldaten zu besetzen, was zur Stunde geschieht. Das bürgerliche Gerede von einer „Parlamentsarmee“, deren Führung durch Zivilisten im Verteidigungs-ministerium gesichert werde und die durch die vom Volk gewählten Abgeordneten kontrolliert werde, ist nun endgültig in Schall und Rauch aufgelöst. Künftig befehlen die Militärs die Bundeswehrverwaltung, was Art. 87a und 87b des GG widerspricht, wie auch Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff von der Europa-Universität Viadrina im Verteidigungsausschuss ausführte. Ab sofort herrscht der Militärstiefel anstatt einer „Parlamentsarmee“ in der ehemals zivilen Verwaltung der Bundeswehr.

Die 52 Kreiswehrersatzämter werden im Zuge des Aufbaus einer Berufsarmee abgeschafft, aber nicht ersatzlos. An ihre Stelle treten 110 Rekrutierungsbüros unter dem hübschen Namen „Karriereberatungsbüro“, die erst mal mit jeweils vier Soldaten und einem Jugendoffizier besetzt sind. Hinzu kommen noch mehrere „Zentren für Nachwuchsgewinnung“ der Bundeswehr. Die Ausdehnung des Militärs wird mit dem Aufbau des stehenden Heeres nicht kleiner, sondern größer.

IMI Ausdruck April 2012
Anhörung im Verteidigungsausschuß
Bundeswehr-Monitoring 2.4.2012

Stadt zum Krieg üben

Sachsen-Anhalt: Für 100 Millionen Euro will die Bundeswehr eine Geistersiedlung in der Altmark bauen. Soldaten sollen auf Kriegseinsätze in "urbanen Zentren" vorbereitet werden

Noch existiert das nach einer früheren Waldarbeitersiedlung in der Colbitz-Letzlinger Heide (Sachsen-Anhalt) benannte »Schnöggersburg« nur auf dem Papier: Eine Stadt mit Hoch- und Einfamilienhäusern, Straßen, Plätzen, Kulturzentren, Bäumen und Hecken, einem Industriegebiet, einem U-Bahn-Tunnel und – wie in vielen Ländern Gang und Gäbe – einem Elendsviertel am Rande. Doch auf dem Areal, das später sechs Quadratkilometer umfassen soll, wird niemand wohnen. Statt dessen sollen dort Schüsse und Rauchbomben fallen, Panzer fahren, künstliches Blut fließen sowie Angriffe auf Menschen und Gebäude simuliert werden. Auf dem Truppenübungsplatz Altmark – der mit einer Fläche von rund 232 Quadrat-kilometern einer der größten der Bundesrepublik ist – soll in den kommenden Jahren eine

komplette Übungsstadt mit mehr als 500 Häusern und Hallen sowie Infrastruktur entstehen. Sie soll einzig dem Zweck dienen, dass Soldaten, die im dortigen Gefechtsübungszentrum (GÜZ) speziell für Auslandseinsätze ausgebildet werden, den Krieg in einer Stadt planen, proben und vorbereiten. Geschätzte Kosten: etwa 100 Millionen Euro.

Bereits seit mehreren Jahren liegen die Pläne in der Schublade. Im vergangenen Herbst segneten Bundesverteidigungs- und -finanzministerium das Vorhaben ab. Voraussichtlich im Sommer dieses Jahres soll der erste Spatenstich erfolgen, wie der scheidende Leiter des GÜZ, Oberst Michael Matz, während einer Verabschiedungsveranstaltung am vergangenen Mittwoch bekanntgab. Oberstleutnant Peter Makowski sagte der Mitteldeutschen Zeitung (Donnerstagausgabe), dass bis 2016 zunächst der Bau von 180 Gebäuden sowie mehreren Straßen inklusive eines Stücks Autobahn vorgesehen sei.

Auf dem Truppenübungsplatz, der nach Angaben der Bundeswehr zum »größten Zentrum Europas« ausgebaut werden soll, werden derzeit jährlich bis zu 25 000 Soldaten auf Kriegseinsätze vorbereitet. Erbauer und Betreiber des Domizils ist der weltweit agierende Rüstungsproduzent Rheinmetall mit Sitz in Düsseldorf, der das Gelände an die Bundeswehr vermietet. Der Konzern erklärt auf seiner Internetseite: »Hier üben die Soldaten in Verbänden bis zur Bataillonsstärke in einer Mischung aus realem Manöver und IT-gestützter Live-Simulation die Panzerabwehr, den Häuserkampf und das Verhalten gegenüber aufgebrachten Menschenmengen«. Schon heute existieren auf dem Platz sechs kleine Siedlungen. Eine komplette Stadt gebe es laut Makowski in Deutschland bisher nicht. Da Konflikte normalerweise in urbanen Zentren entstünden, bei denen Zivilisten im Ort seien, sei zum Üben ein Ballungsraum nötig, so der Oberstleutnant. Zudem versicherte er gegenüber der MZ, dass es nicht um den Nachbau einer afghanischen Stadt gehe. Gebaut werde eine Musterstadt, »die sich überall Welt befinden könnte«.

Für Sachsen-Anhalts Linkspartei ist der geplante Nachbau einer Stadt zu Kriegsübungszwecken »katastrophal und makaber«, wie die innenpolitische Fraktionssprecherin Gudrun Tiedge Ende vergangener Woche mitteilte. »Bund, Länder und Kommunen wissen nicht, wie sie ihre Haushalte ausgleichen sollen, wichtige Projekte scheitern oft schon an kleinen Beträgen«, betonte sie. Für öffentliche Daseinsvorsorge fehle das Geld, und für Kriegszwecke würden 100 Millionen Euro »verschleudert«. Jetzt seien Landesregierung und Kriegsgegner gefordert, »alles dafür zu tun, die verheerende Entscheidung wieder rückgängig zu machen«, so Tiedge.

Das Bündnis »War starts here« befürchtet, dass »die Armee künftig vermehrt Städte als Angriffsziele wählen könnte, um soziale Unruhen zu bekämpfen«. Es ruft zu einem Camp auf, das vom 12. bis 17. September dieses Jahres in der Nähe des Dorfes Hillersleben (Landkreis Börde) stattfinden soll. Auch die dort befindlichen ehemaligen Kasernen der Sowjetarmee sowie frühere Wohnhäuser von deren Familien nutzen die Soldaten des GÜZ zum Üben. Unter dem Motto »Der Krieg beginnt hier – wir wollen ihn hier markieren, blockieren, sabotieren« solle das Camp zu einem »zentralen Ort der Bündelung antimilitaristischer Kräfte« werden, teilt das Bündnis auf seiner Homepage mit.

www.warstartsherecamp.org
junge Welt, Montag, 14. Mai 2012

Freikorps im Aufbau

Vor drei Jahren unter dem Namen „Modellversuch“ begonnen, werden jetzt die Freikorps unter dem Namen RSU (Regionale Sicherungs- und Unterstützungskräfte) in der BRD und der annektierten DDR aufgebaut. Tausende Reservisten stehen für den neuen Heimatschutz zur Verfügung. Kürzlich schrieben Kriegsministerium und Militärzeitungen noch, der Heimatschutz sei in erster Linie für den Katastrophenschutz zuständig. Beim Parlamentarischen Abend des Reservistenverbandes in Berlin sagte Kriegsminister Thomas de Maizière: „Heimatschutz ist etwas anderes als Katastrophenschutz“ (Reservistenverband 8.5.12) und die Reservistenzeitung loyal (Mai 2012) führt aus, worin der Auftrag der RSU besteht: „Statt sich wie bisher in Feuerbekämpfung, ABC-Schutz oder Flugabwehr zu üben, steht für die RSU-Kräfte wieder der klassisch-militärische Auftrag im Mittelpunkt. Sie sollen künftig Aufgaben zur Sicherung militärischer Anlagen übernehmen können.“ Also die alten militärischen Aufgaben der Freikorps gegen die Arbeiterklasse und das Volk.

„Knoll: "Luftherrschaft über den Personalabteilungen"

"Die deutsche Wirtschaft kennt keine geordnete Führerausbildung", sagte der Gründer und Vorstand der Deutschen Familienversicherung AG bei der Veranstaltung der Kreisgruppe Rheinhessen zum Thema "Bundeswehr und Wirtschaft - getrennte Welten oder funktionierende Symbiose?". "Jetzt kommt es darauf an, dass Reservisten die Luftherrschaft über deutsche Personalabteilungen gewinnen", sagte er am Montagabend.

VdR (Verband der Reservisten) 3.4.12

Kommiß und Emanzipation – Girl´s day 2012

Am 26. April fand der Girl´s day statt. Klingt nett und gut. Der Girl´s day in deutschen Kasernen würdigt das Militär im Internet mit den folgenden Überschriften zu ihren Berichten:

„Im Gleichschritt in die Zukunft – Marsch!“

Beelitz, 27.04.2012, SKB

„Kasernenluft statt Klassenzimmer“

Wulf-Isebrandt-Kaserne, Dithmarschen, 26.04.2012, Luftwaffe

„Im Laufschritt Marsch“

Fürstenfeldbruck, 26.04.2012, Luftwaffe

„Die Richthofen Girls“

Wittmund, 26.4.2012, Luftwaffe

Schule der Nation

Die Kooperationsverträge der Kultusministerien der Bundesländer mit der Bundeswehr zeigen erschreckende Ergebnisse. In immer größerem Ausmaß bearbeiten die Jugendoffiziere auch die Köpfe der Lehrer und Lehramtsanwärter:

2011 „haben Jugendoffiziere 241 Veranstaltungen mit rund 11.000 Lehrern und Lehramts-anwärtern durchgeführt.“

Bundeswehr-Monitoring 14.5.12